

Amtsblatt der Stadt Brühl



34. Jahrgang

Ausgabetag: 29.05.2018

Nummer: 12

Seite

Bekanntmachung über die Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, den 04.06.2018 um 19:30 Uhr **in der Mensa der Clemens-August-Schule, Clemens-August-Straße 33**, in 50321 Brühl

68

Bekanntmachung der Vorschläge für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2019 – 2023

69

Bekanntmachung des Inkrafttretens des Bebauungsplanes 03.03 „Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße“ Teilbereich I

70 - 72

Herausgeber: Stadt Brühl – Der Bürgermeister

Bezug: Stadt Brühl
Der Bürgermeister
Rathaus
50319 Brühl

Jahres-Abo € 23,00 incl. Porto
Kündigung des Bezugs:
Nur für das folgende Jahr zum 30.11.

Einzelpreis € 1,00 incl. Porto
Für Selbstabholer liegt das Amtsblatt
kostenlos im Rathaus, Uhlstraße 3 und im
brühl-info, Uhlstr. 1, aus.



Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Brühl

Bekanntmachung über die Sitzung des Rates der Stadt Brühl am 04.06.2018

Am **Montag, 04.06.2018, 19:30 Uhr**, findet in der Mensa der Clemens-August-Schule, Clemens-August-Straße 33, 50321 Brühl, die Sitzung des Rates statt mit folgender Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Geschäftsführung Gebausie
3. Umbesetzung in Ausschüssen
4. Mitteilungen
5. Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

6. Mitteilungen
7. Anfragen

gez. Dieter Freytag
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Brühl



Vorschläge für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2019 - 2023

Die vom Rat der Stadt Brühl am 14.05.2018 aufgestellte und beschlossene Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen der Wahlperiode 2019 - 2023 liegt in der Zeit vom

04.06.2018 – 11.06.2018

Im Fachbereich Justitiariat und Zentrale Vergabestelle, Rathaus, Uhlstraße 3, Zimmer A 139
(Telefon : 02232 / 79-3360)

montags bis freitags
donnerstags von

8.30 – 12.30 h sowie
14.00 – 16.00 h

jedermann zur Einsicht offen (§ 36 Abs.3 Gerichtsverfassungsgesetz – GVG).

Gegen die Vorschlagsliste kann binnen einer Woche - gerechnet vom Ende der Auslegungsfrist - schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden, dass in die Vorschlagsliste Personen aufgenommen worden sind, die nach § 32 Gerichtsverfassungsgesetz nicht aufgenommen werden durften oder nach den §§ 33, 34 Gerichtsverfassungsgesetz nicht aufgenommen werden sollten.

Brühl, 22.05.2018


(Dieter Freytag)

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Brühl



Inkrafttreten des Bebauungsplanes 03.03 "Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße" Teilbereich I

Der Rat der Stadt Brühl hat in seiner öffentlichen Sitzung am 14.05.2018 gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S.3634), den Bebauungsplan 03.03 "Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße" Teilbereich I einschließlich der Textlichen Festsetzungen und die zugehörigen Begründung als Satzung beschlossen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan 03.03 "Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße" Teilbereich I gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Brühl, Flur 20. Es umfasst die Flurstücke 874, 875 und 410.

Das Plangebiet ist folgendermaßen abgegrenzt:

Im Norden von den nördlichen Grenzen der Flurstücke 875, 874 und 410,
im Osten von den östlichen Grenzen der Flurstücke 410 und 874,
im Süden von den südlichen Grenzen des Flurstücks 874, der westlichen Grenze der Flurstücke 94 und 95 und der südlichen Grenze des Flurstücks 875,
im Westen von der westlichen Grenze des Flurstücks 875.

Die Größe des Plangebiets beträgt ca. 0,35 ha.

Das Plangebiet ist im beigefügten Übersichtsplan dargestellt.

Ferner bestätige ich, gemäß § 2 Abs. 3 BekanntmVO vom 26.08.1999 (GV NRW S. 516/SGV NRW 2023), dass der Wortlaut zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes 03.03 "Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße" Teilbereich I einschließlich der Textlichen Festsetzungen und die zugehörigen Begründung mit dem vorgenannten Ratsbeschluss der Stadt Brühl übereinstimmt und dass nach den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren worden ist. (Aufbewahrung bei den Akten gemäß § 7 Abs.6 BekanntmVO vom 26.08.1999, GV.NRW.S.516/SGV.NRW.2023, zuletzt geändert durch VO vom 05.11.2015, GV.NRW.S.741).

Hinweise:

1. Der Bebauungsplan 03.03 "Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße" Teilbereich I einschl. Begründung kann gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ab sofort während der Öffnungszeiten im Fachbereich Bauen und Umwelt der Stadt Brühl, Rathaus A, Uhlstraße 3, eingesehen werden.
2. Nach § 44 Abs. 3 BauGB kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigungen verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflicht-

Stadt Brühl – Der Bürgermeister

igen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die im vorgenannten Absatz bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

3. Gemäß § 215 BauGB werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine Berücksichtigung eines § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Brühl unter Darlegung des die Verletzung begründeten Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

4. Ferner wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bei der Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Brühl vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die Verletzung solcher Verfahrens- und Formvorschriften kann beim Bürgermeister der Stadt Brühl, Rathaus, Uhlstraße 3, 50321 Brühl, geltend gemacht werden.

Brühl, 24.05.2018

Der Bürgermeister



Bebauungsplan 03.03

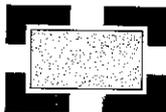
"Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße"

- Teilbereich I -



ÜBERSICHTSPLAN

Maßstab
1 : 1.000



Grenze des
Geltungsbereiches
ca. 0,4 ha

Ausschnitt aus der
Liegenchaftskarte 2016
UTM-Koordinatennetz